



Der Aufbruch zur Demokratie in Ostmitteleuropa zwischen den Kriegen. Notwendige Bausteine für ein Gesamtbild europäischer Demokratiegeschichte. Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung, Marburg; Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Dresden, 18.06.2015–19.06.2015.

Reviewed by Arno Barth

Published on H-Soz-u-Kult (July, 2015)

Die moderne Demokratie reicht auf politische, soziale und kulturelle Prozesse des 19. Jahrhunderts zurück, wobei vor allem der Erste Weltkrieg als Katalysator für die europäische Demokratiegeschichte wirkte. Das Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung und das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung widmeten nun eine Tagung der darauffolgenden Phase von Demokratisierung und Entdemokratisierung im Ostmitteleuropa der Zwischenkriegszeit. Die Tagung begann mit einer Einführung der Veranstalter HEIDI HEIN-KIRCHER (Marburg) und STEFFEN KAILITZ (Dresden). Sie wiesen auf die Vorarbeiten hin, die von den eingeladenen Referenten und nicht zuletzt den ausrichtenden Institutionen geleistet wurden, indem beide Institute etwa aktuelle Themenhefte ihrer Zeitschriften dieser Fragestellung gewidmet haben. Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung Heft 2 2015, sowie Totalitarismus und Demokratie Heft 1 2015. Kailitz und Hein-Kircher erinnerten an den Zusammenbruch der kontinentalen Imperien zum Ende des Ersten Weltkrieges, der den Weg zur Demokratie in weiten Teilen Europas freimachte. Hierbei greife es zu kurz, allein auf Wilson zu rekurrieren, denn schließlich sei bereits in diversen Nationalstaatskonzepten in Ostmitteleuropa im und auch schon vor dem Ersten Weltkrieg eine demokratische Staatsform vorgesehen

gewesen. Zwischen 1918 und 1920 sei es dann geradezu zu einer „Explosion“ der Demokratie gekommen. Kailitz sprach in diesem Zusammenhang vom „liberalen Moment in der Geschichte“. Demokratie nach westlichem Vorbild war die Regierungsform, die scheinbar selbstverständlich mit den Nationalstaatsbildungen einherging. Vor diesem Hintergrund sei es unverständlich, dass Demokratiegeschichte der Zwischenkriegszeit bisher fast ausschließlich auf West- und Nordeuropa sowie auf die deutsche Demokratie und ihr Scheitern fokussiert habe. Diese Tagung solle helfen hier Abhilfe schaffen. Sie verstehe sich als Bestandsaufnahme, die in vergleichender Perspektive über die jeweiligen Entwicklungen in den Ländern Ostmitteleuropas insbesondere Forschungsperspektiven aufzeigen solle.

Der erste inhaltliche Block widmete sich den äußeren Impulsen für die Demokratie in Ostmitteleuropa. Hierbei wurden die diesbezüglichen Entwicklungen in den benachbarten Regionen und auf der internationalen Ebene angesprochen. LEONID LUKS (Eichstätt) erinnerte an die demokratische Revolution in Russland 1917, die im Schatten der folgenden bolschewistischen Revolution in Vergessenheit zu geraten droht. Sie verweise auf eine freiheitliche Tradition in Russland, die oft unter der Oberfläche gehalten, aber niemals gänzlich ausgelöscht worden sei. WOLFGANG

HÖPKEN (Leipzig) zeichnete die Entwicklung in Südosteuropa nach, wo aus den anfänglichen Demokratien sukzessive die so genannten Königsdikaturen entstanden. Anhand der Beispiele Rumänien, Albanien, Jugoslawien und Bulgarien arbeitete er die Charakteristika dieser „hybriden Systeme zwischen klassischer Monarchie des 19. und Totalitarismus des 20. Jahrhunderts“ heraus. Mit dem Faschismus hätten diese beispielsweise das Verbot aller Parteien gemeinsam. Im Unterschied zu diesem sei aber keine Einheitspartei der Massen an die Stelle getreten, sondern alle Gewalt in der Person des Monarchen konzentriert worden. ARNO BARTH (Duisburg-Essen) ging der Frage nach, inwieweit die Siegermächte nach dem Ersten Weltkrieg eine demokratische Ordnung schufen. Hierbei gab er Einblick in innere Widersprüche der Demokratisierung auf der internationalen Ebene sowie den Diskurs zwischen den Westmächten und ostmitteleuropäischen Vertretern über diese Fragen. Neue Erkenntnismöglichkeiten zur Konstruktion und Abwägung von Sicherheitsrisiken durch Minderheiten und Irredentismus erhoffte er sich durch die bereits begonnene Zusammenarbeit seines Essener Graduiertenkollegs über „Zukunftshandeln“ mit dem Marburger SFB „Dynamiken der Sicherheit“, an dem das Herder-Institut mit zwei regionalen Fallstudien beteiligt ist.

Die zweite Sektion fokussierte dann auf Ostmitteleuropa und widmete sich in jeweils zwei Vorträgen zwei Faktoren, von denen die Entwicklung der Demokratie stark beeinflusst wurde: Die Frage des Wahlrechtes und der Gewalt. ANGELIQUE LESZCZAWSKI-SCHWERK (Dresden) zeichnete die Entwicklungen des Frauenwahlrechtes in der Region nach. Dabei wurde der demokratische Aufbruch zum Ende des Krieges auch als Aufbruch der Frauen gewürdigt. Leszczawski-Schwerk skizzierte die führende Rolle, die Osteuropa hier spielte, während in den westlichen Demokratien zum Teil bis weit in das 20. Jahrhundert nur Männer wählen durften. Die Umsetzung war dann nicht frei von Ambivalenzen, so stützte

die Wahlbeteiligung der Frauen nicht selten das konservative Lager, was zu Unmut bei eher linken Frauenverbänden führte. Anschließend wurden die unterschiedlichen Konzepte Mehrheitswahlrecht und Verhältniswahlrecht thematisiert. ISTVÁN SZABÓ (Budapest) zeichnete die Entwicklung Ungarns nach 1919 nach, das zunächst das bisherige reine Mehrheitswahlrecht mit Elementen von Listenwahlen modifizierte, in den späten 1920er-Jahren aber wieder zum Mehrheitswahlrecht zurückkehrte. Treibende Kraft sei hier die Regierung gewesen, die angesichts einer in mehrere Parteien aufgespaltenen Opposition direkt vom Mehrheitswahlrecht profitierte.

Zur Gewaltthematik trugen RUDOLF KUČERA (Prag) und MATHIAS VOIGTMANN (Marburg) vor. Während Kučera sich der Rolle von Gewalt bei der Durchsetzung des neuen tschechoslowakischen Staates widmete und hier auf die regionalen Unterschiede verwies, referierte Voigtmann über die paramilitärischen Einheiten von Deutschen und Letten im Bürgerkrieg gegen den Bolschewismus im Baltikum um 1919. Die Frage, inwieweit diese Gruppen durch ihre Gewalterfahrung zu Destabilisierungsfaktoren der lettischen bzw. der deutschen Demokratie wurden und insofern Hobsbawms Brutalisierungsthese stützen würden, wurde anschließend kontrovers diskutiert. Die Tendenz ging dabei in eine Richtung, aus der reinen Erfahrung keine lineare Folge im Verhalten zu vermuten, sondern nur in Kombination mit einer erneut gewalttätigen Umgebung als Ermöglichungsraum (Jörg Baberowski).

Im dritten Teil der Tagung wurden die regionalen Aushandlungsprozesse zur Demokratie an diversen Beispielen untersucht. Zunächst gab es drei Vorträge zu Polen aus drei unterschiedlichen Perspektiven. TYTUS JASKUŁOWSKI (Dresden) betonte die Hypothesen der Zweiten Republik, wie Grenzkämpfe / Minderheitenpolitik, Abwehrhaltung der Konservativen gegen „zu viel Demokratie“ oder wirtschaftliche Interessen, die der Partizipation entgegenstanden. Die Demokratie sei da-

her schon vor dem Staatsstreich von 1926 in die Krise geraten, bereits seit 1923 habe eine Mobilisierung von Konservativen und Sozialisten für eine Alleinherrschaft Pilsudskis eingesetzt. STEPHANIE ZLOCH (Braunschweig) setzte die Akzente etwas anders und verwies auf die 1918 durchaus vorhandene Mehrheit der Befürworter einer demokratischen Ordnung. Unter der Omnipräsens des Nationalen seien Meinungspluralismus und Multiethnizität aber zunehmend als Gefahr für die nationale Einheit rezipiert worden. Im Zusammenwirken mit anderen Faktoren wie Elitenkritik an den unerfahrenen Wählern und dem zunehmenden Pilsudski-Kult habe das dem Staatsstreich den Boden bereitet. HEIDI HEIN-KIRCHER stellte Demokratisierung vor Ort am Beispiel Lembergs dar und verwies auf die Bedeutung der Städte als Brennglas makropolitischer Entwicklung. Die Tatsache, dass die Demokratie vor Ort nicht konsequent umgesetzt wurde, habe dazu geführt, dass die Chance vergeben wurde, den polnischen Staat demokratisch zu durchdringen.

Der Rest des ersten Tages stand dann im Zeichen des Baltikums. Zu Estland wies OLAF MERTELSMANN (Tartu) darauf hin, dies sei eines der fünf Länder mit den frühesten vollständig demokratischen Volksvertretungen gewesen. Diese Liste führte das benachbarte Finnland an, das auch als Demokratievorbild der Esten fungierte. Wie beim polnischen Beispiel wurde auch die estnische Demokratie von Minderheitenproblemen belastet, so kam es schon 1905 zu Spannungen zwischen baltischen Bauern und baltendeutschen Gutsbesitzern, die Mertelsmann eher als sozialen denn als nationalen Konflikt interpretierte. Ein Teil der Deutschbalten diskreditierte sich dann endgültig, als er im Ersten Weltkrieg mit Hilfe der harschen deutschen Besatzung ein baltisches Herzogtum unter ihrer autokratischen Führung zu etablieren versuchte. Durch diesen „Ausfall“ der alten Elite fehlte der estnischen Demokratie dann erfahrene Führungspotential, weil die Esten selbst im Zarenreich von höheren Staats- und Verwaltungssämtern weitgehend ausgeschlossen wa-

ren. LÁSZLÓ KOMÁROMI (Budapest) zeichnete die Geschichte der direkten Demokratie im Estland der Zwischenkriegszeit nach. Er zeigte, wie die bei Verfassungsänderungen obligatorischen Referenden letztlich einer autoritären Wende zum Durchbruch verhalfen. Es folgten zwei Vorträge über Lettland, wobei zunächst DETLEF HENNING (Lüneburg) die Entwicklung des Staates von den ersten Gründungen im Weltkrieg und Bürgerkrieg über die parlamentarische Verfassung von 1922 bis zum Putsch von Kārlis Ulmanis 1934 erläuterte. Sein Fazit, das er wegen eines Mangels an institutionalisierter historischer Demokratieforschung in Lettland unter Vorbehalt stellte, sah das Scheitern der lettischen Demokratie nicht als zwangsläufig an. Der Putsch vom 15. Mai 1934 sei nicht durch die politische Situation begründet, sondern eine gezielt geplante und antidemokratische Aktion von Ulmanis und seinen Gefolgsleuten gewesen. Gleichwohl seien hier ähnliche strukturelle Probleme der Demokratie wie im Falle Estlands zu beobachten, die es den Putschisten erleichtert hätten. Ergänzt wurden Hennings Ausführungen von einem Fallbeispiel zur lettischen Demokratietheorie der Zeit. IVANE LEITANE (Riga) stellte den jüdischen Rechts theoretiker Max M. Laserson, der nach dem Putsch Ulmanis' nach Palästina emigrierte, und einige seiner Thesen vor. Diese changierten zwischen instrumentalen und nicht-instrumentalen (normativen) Argumenten für die Demokratie, eine unter Umständen auch für die Forschung interessante Unterscheidung. Den baltischen Reigen komplettierte dann der Vortrag zu Litauen, den STEFFEN KAILITZ hielt. Kailitz betonte die Wunde des Verlustes von Wilna für die litauische Demokratie. Die Annexion seiner historischen Hauptstadt durch Polen habe Litauen zu kompensieren versucht, als es im Windschatten der Ruhrkrise 1923 das unter Völkerbundsverwaltung stehende Memelland besetzte. Insgesamt fiel am südlichen baltischen Staat das deutlich frühere Scheitern der vollständigen Demokratie auf, das wie im Falle des benachbarten Polen im Jahre 1926 durch einen Staatsstreich erfolgte. In der

Aussprache wurde anhand dieser beiden katholischen Beispiele diskutiert, inwieweit protestantisch geprägte Staaten günstiger für demokratische Strukturen waren. Insgesamt deuteten die empirischen Beispiele auf ein früheres Ende der Demokratie in katholischen Ländern hin, während die protestantisch geprägten Staaten in der Regel bis in die 1930er-Jahre demokratisch verfasst blieben. Darüber hinaus wurde eine allgemeine Krise des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit als Destabilisierungsfaktor aller Demokratien diskutiert. Diese beiden Befunde und auch der immer wieder genannte Faktor der Minderheitenprobleme wurden jedoch durch den Verweis relativiert, dass nicht Strukturen Demokratien stürzen, sondern Akteure. Daher müsse jeder einzelner Fall auch in seiner Kontingenz und nationalen Besonderheit betrachtet werden.

Am zweiten Tag der Konferenz war in einer vierten Sektion zunächst die mit dem Ende der multinationalen Imperien überall akut werdende Umverteilungsfrage Thema. NATALI STEGMANN (Regensburg) betonte deren sozioökonomische Implikationen, die durch die lautstarke nationale Argumentation im Diskurs verdeckt worden seien. Anschließend stand der zeitgenössische Blick auf die Demokratien der Zwischenkriegszeit im Focus. So konnte AGNES LABA (Marburg) am Beispiel polnischer Schulbücher zeigen, welche Schwerpunkte die intendierte staatsbürgerliche Bildung setzte. Dabei fielen ein Rekurrenzen auf nationalen Konsens und der Versuch auf, Konflikte als schädlich für den Staat zu vermitteln. Diese Grundfärbung sei mit dem später einsetzenden Piłsudski-Kult und der Sanacja in ihrer Distanz zum Pluralismus sehr kompatibel gewesen. ANDRÉ POSTERT (Dresden) widmete sich den Diskursen im deutschen Bürgertum über Polens und Litauens Putsche 1926. Trotz der außenpolitischen Feindschaft zu Polen seien die autokratischen Wenden und ausdrücklich auch Piłsudskis Politik als „Akte der Ordnung“ gelobt worden. Um im Territorialkonflikt mit Polen Waffengleichheit herzustellen, sei eine Nachahmung durch ein prä-

sidiales System auch in Deutschland gefordert worden. An dieser Stelle wurde die Bedeutung eines mentalitätshistorischen Zugangs für die Demokratieforschung besonders deutlich. JAKOB MISCHKE (Münster) stellte dem Blick auf Osteuropa von außen die osteuropäische Perspektive des ukrainischen Rechtswissenschaftlers Stanislav Dnistrjanskyj gegenüber. Dnistrjanskyj habe insbesondere die Übereinstimmung des Regierungshandelns mit dem Volkswillen im Sinne von Rousseaus *volonté générale* und nicht etwa Mehrheitsentscheidungen als Wesensmerkmal der Demokratie betrachtet. Das habe ihn etwa zu der merkwürdigen Einschätzung geführt, Mussolinis Italien sei dem französischen Vielparteiensystem vorzuziehen. Sympathie brachte Dnistrjanskyj hingegen dem verfassungslosen Praktizieren von Demokratie in Großbritannien und dem föderalistischen System der USA entgegen.

AGNES LABA zog zum Abschluss der Tagung auf der Basis der Vorträge und Diskussionen ein erstes Fazit und formulierte Vorschläge für Forschungsperspektiven. Unter anderem betonte sie die Frage der historischen Hypothek aus dem Erbe des Krieges als Belastungsmoment, der Gewaltpräsenz und dem Gefühl äußerer Bedrohung sowie die damit zusammenhängende doppelte Herausforderung aus Konsolidierung und Demokratisierung. Es sei deutlich geworden, dass die Demokratiekonzepte der Zwischenkriegszeit historisiert und nicht aus heutiger Perspektive beurteilt werden müssten. Die Rolle einzelner Akteure sei insbesondere in ihrer Funktion als personifizierte Alternative zum parlamentarischen Betrieb zu beachten. Das bereits zeitgenössische Narrativ des Scheiterns der Demokratie solle insbesondere als Legitimierungsgrundlage der autoritären Wenden untersucht werden. Nationale Eigenheiten der Entwicklung sollten gewürdigt, Transferprozesse aber nicht vernachlässigt werden. Als weitere Untersuchungskategorien wurden von Laba und der Abschlussdiskussion die Faktoren Minderheiten, Religion, Institutionen und Traditionen benannt, auch die sozioökonomische Per-

spektive und Analyse demokratischer Praktiken seien wichtig. Insgesamt machte die Tagung also deutlich, dass die Geschichte der Demokratie in der Zwischenkriegszeit keineswegs auserzählt ist. Es wurden viele Fragen aufgeworfen und viele – zum Teil sehr innovative – Ideen, zu ihren Antworten entwickelt.

Konferenzübersicht:

Heidi Hein-Kircher (Marburg) / Steffen Kailitz (Dresden): Begrüßung und Eröffnungsvortrag: Der Aufbruch zur Demokratie in Ostmitteleuropa zwischen den Kriegen. Notwendige Bausteine für ein Gesamtbild europäischer Demokratiegeschichte

Einflüsse auf die Demokratisierung Ostmitteleuropas von außen

Chair: Heidi Hein-Kircher

Leonid Luks (Eichstätt): Entstehung und Scheitern der "ersten"

russischen Demokratie 1917

Arno Barth (Duisburg-Essen): Demokratischer Aufbruch mit totalitärer

Schattenseite: Planung und Realisierung der Pariser Friedensordnung

Wolfgang Höpken (Leipzig): Zwischen monarchischem Absolutismus

und faschistischem Vorbild: Die „Königsdiktaturen“ Südosteuropas in den 1920er/30er Jahren

Faktoren der Demokratisierung

Chair: Steffen Kailitz

Angelique Leszczawski-Schwerk (TU Dresden): Der größte Schritt auf dem Weg zur Demokratie: Das Frauenwahlrecht in Ostmitteleuropa

István Szabó (Budapest): Kampf um das Wahlrecht in Ungarn 1919/1925. Mehrheits- oder Verhältniswahl

Rudolf Kučera (Prag): Physical Violence and the Establishing of Democracy. The Case of Czechoslovakia 1918-1922

Mathias Voigtmann (Marburg): Gewalt als Gemeinschaftserlebnis – ein Hindernis der Demokratisierung? Das Beispiel der Baltikumer

Demokratisierung als Konsens?

Chair: Günther Heydemann

Tytus Jaskulowski (Dresden): Fluch der Vergangenheit oder Geist der Erneuerung? Demokratieverständnis im politischen Leben der Zweiten Polnischen Republik

Heidi Hein-Kircher (Marburg): Demokratie vor Ort: lokale Selbstverwaltung vor und nach dem Ersten Weltkrieg – das polnische Beispiel

Stephanie Zloch (Braunschweig): Vom Konsens zum Konflikt. Demokratische Vorstellungen und Praktiken in Polens Zweiter Republik

Olaf Mertesmann (Tartu): Demokratisierung im Baltikum nach dem

Ersten Weltkrieg am Beispiel Estlands

László Komáromi (Budapest): Selbstzerstörung der (direkten) Demokratie? Estlands Beispiel in der Zwischenkriegszeit

Detlef Henning (Lüneburg): Die Demokratie in Lettland

Iveta Leitane (Riga): Zur Geschichte der Demokratie in Lettland in der Zwischenkriegszeit. Max M. Laserson in Rechtstheorie und Parlamentarierpraxis

Steffen Kailitz (Dresden): Demokratisierung, Demokratie und Entdemokratisierung in Litauen hemenübergreifende Diskussion

Herausforderungen und Reflexionen über die Demokratisierung Ostmitteleuropas

Chair: Agnes Laba

Natali Stegmann (Regensburg): Demokratisierung in Ostmitteleuropa durch Umverteilung?

Agnes Laba (Marburg): Demokratisierung in Schulbüchern

André Postert (Dresden): Vorbildliche „Saisonstaaten“? Polen und Litauen in den Diskursen der bürgerlichen Presse während der Weimarer Republik

Jakob Mischke (Münster): Ostmitteleuropäische Beobachtungen von Demokratie

Agnes Laba: Zusammenfassung und Kommentar Themenübergreifende Abschlussdiskussion

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/>

Citation: Arno Barth. Review of *Der Aufbruch zur Demokratie in Ostmitteleuropa zwischen den Kriegen. Notwendige Bausteine für ein Gesamtbild europäischer Demokratieggeschichte*. H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. July, 2015.

URL: <https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=44818>



This work is licensed under a Creative Commons Attribution-Noncommercial-No Derivative Works 3.0 United States License.